Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. Mk. 180, vierteljährl. M. 540.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 540.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 7.— Mk. :: Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum Mk. 18.—, auswärts Mk. 20.—. :: Reklamezeile Mk. 50.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 274 | Fernruf 179 | Wildbad, Mittwoch, den 22. November 1922 | Fernruf 179 | 57. Jahrgang

Wiedergutmachungen

Ein verhängnisvolles und verlogenes Wort! Auch durchaus ehrenrührig für Deutschland, so ehrenrührig, daß wir es u. a. Anfang an uns hätten allen Ernstes verbitten sollen. Aber man wollte an jenen heiklen 14 Punkten Wilsons vorbeikommen. Dort hieß es „keine Annexionen, keine Kontributionen und keine Strafhandlungen". Man genierte sich offenbar, das häßliche Kind bei dem rechten Namen zu nennen, und so machte man aus „Kontributionen" „Reparations" (= Wiedergutmachungen) und drückte sich dadurch, wenigstens dem Wortlaut nach, an der Note des amerikanischen Staatsamts vom 5. November 1918 vorbei, an jener Note, in der die verbündeten Regierungen ihre Bereitschaft zum Friedensschluß, aber auf Grund der 14 Wilson'schen Punkte, erklärten.

Dann hieß es, man wolle nur die Entschädigung für die „direkt wahrnehmbarer Schäden am Eigentum nicht militärischen Charakters und direkte Körperverletzungen an Zivilisten, also, Ersatz für alle der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihrem Eigentum durch Angriffe zu Lande, zur See und aus der Luft angetanen Schäden" verlangen. Später aber schmuggelte man, trotz des heftigen Widerspruchs des bekannten englischen Wirtschaftlers Keynes, auch die Pensionen, Unterstützungen, Witwen- und Waisengelder der 27 Verbündeten in den Betrag hinein. Das macht etwa drei Viertel der 138 Goldmilliarden (Endwert 287 Goldmilliarden).

Und wie kam der Wiedergutmachungsausschuß, besser „Wuchererausschuß" zu dieser fabelhaften Zahl? Man hat nachträglich erfahren, welche lächerliche Forderungen von den einzelnen Mächten angemeldet worden waren. Rumänien 31 Milliarden Goldfrancs (vor dem Krieg besaß es ein Volksvermögen von nur 20 Milliarden), die Tschechoslowakei 7,6 Milliarden Goldfrancs und 7,06 Milliarden tschechische Kronen, Polen 21,9 Milliarden Goldfrancs, und doch war dessen gesamter Grund und Boden vor dem Krieg nur mit 5,3 Milliarden Goldmark geschätzt. Der französische Finanzminister Klotz gar gab in der Kammer die französischen Eigentumsschäden auf 107,2 Milliarden Goldmark an, während das gesamte französische Volksvermögen vor dem Krieg 200 Milliarden (in Deutschland 350) betrug und das Kriegsgebiet nicht ganz ein Zehntel Frankreichs umfaßte.

Bei solchen Berechnungen ist es begreiflich, wie diese „Oberwucherer" in Paris 132 bezw. 138 Milliarden Goldmark herausrechneten. Die Unsinnigkeit dieser astronomischen Summe (bei der Valuta vom 10. Mai 1920 = 17 Billionen 220 Milliarden Mark) kann man an der Tatsache bemessen, daß das gesamte Goldgeld der Welt nur 32 Milliarden beträgt und das deutsche Volksvermögen heute höchstens auf 150 Milliarden zu werten ist.

Nun ja, wir müssen — so hat es die hohe Kommission festgesetzt — jährlich 720 Millionen Goldmark in Gold und Devisen und — was noch schlimmer ist — 1450 Millionen Goldmark in Sachwerten zahlen. Dazu kommen jährlich 410 Millionen Goldmark Sachleistungen und — die fürchterlichen, völlig unproduktiven und höchst überflüssigen Besatzungskosten. Diese betragen in Goldwährung 50 Prozent mehr als das ganze deutsche Heer der Vorkriegszeit gekostet hat.

Unter diesen Umständen begreifen wir, daß die ausländische Währungskommission in Berlin in sämtlichen Gutachten Einstellung jener Leistungen forderte, bis der Reichshaushalt Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und einen Ueberschuß erzielt haben werde. Wir vermissen nur, daß sie nicht ausdrücklich auch den Wegfall der unsinnigen Besatzungskosten gefordert hat.

Hier sollte die neue Regierung einsetzen und der ganze Reichstag sollte sich einmütig hinter sie stellen. Alles andere ist Stückwerk. Abbau des Beamtenheeres, Einstellung der Reichsbeihilfe für ausländisches Mehl, langfristiger Zahlungsaufschub, eine Goldanleihe von 500 Millionen Mark, Gründung einer besonderen „Goldbank" und wie alle jene gutgemeinten Vorschläge der Währungskommission heißen mögen und die wir auch in der Note vom 7. November wiederholt hatten — alles das hat keinen oder nur wenig Wert, wenn nicht die unglücklichen „Wiedergutmachungen" herabgesetzt oder besser ganz aufgehoben werden.

Wir haben bis heute nachweislich 45 Milliarden Goldmark geleistet. Dazu kommt der Wert der verlorenen Reichsgebiete und der Kolonien. Das alles ist mehr als 130 Milliarden Goldmark. Wir haben also genug gebüßt, mehr und empfindlicher als je ein besiegtes Volk, seit es eine Menschengeschichte gibt.

W. H.

Tagesspiegel

Bradbury ist von Paris nach London abgereist, um mit Bonar Law die Entschädigungsfrage zu besprechen.

Die außerordentliche Sitzung des amerikanischen Kongresses wurde am Montag eröffnet. Präsident Harding richtet am Mittwoch seine Ansprache an Senat und Repräsentantenhaus.

Der Versailler Vertrag — völkerrechtlicher Betrug

In dem letzten Heft der „Deutschen Juristenzeitung" wird das Gutachten des norwegischen Völkerrechtslehrers Prof. Dr. N. Gjelsvik-Kristiania über die Rechtsverbindlichkeit des Versailler Vertrags veröffentlicht. Prof. Gjelsvik stellt u. a. fest:

„Der frühere Reichsminister Dr. Simons erklärte s. Zt.: Alle Bestimmungen des Friedensvertrags sind zwar juristisch verbindlich, weil wir unterschrieben haben, aber nicht alle sind moralisch verbindlich. Moralisch verbindlich sind nur diejenigen, die mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen.

Mit dieser Ansicht bin ich als Völkerrechtslehrer gar nicht einverstanden. Ich meine im Gegenteil, daß diejenigen Bestimmungen des Friedensvertrags, die nicht im Einklang mit dem Waffenstillstandsvertrag stehen, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch unverbindlich sind. Man muß sich hierbei den Inhalt des Waffenstillstandsvertrags vergegenwärtigen, daß die Deutschen sich in dem Maße entwaffneten und Gebiete in dem Umfang aufgaben, daß es unmöglich für sie war, den Krieg wieder aufzunehmen. Dies hat auch Wilson selbst im amerikanischen Kongreß zugegeben, indem er äußerte: „Nach diesem Waffenstillstandsvertrag ist es unmöglich für die Deutschen, den Krieg wieder aufzunehmen."

Wenn die Entente diese Lage so ausnützt, daß sie Friedensbedingungen diktiert, die nicht mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen, so ist es ein völkerrechtlicher Betrug, der den Friedensvertrag juristisch ungültig machen muß. Man kann hier nicht einwenden, daß Gewalt oder Zwang gegen einen Staat eine anerkannte Weise ist, gültige Verträge herbeizuführen. Dieser Satz ist freilich im allgemeinen richtig, trifft aber im vorliegenden Falle gar nicht zu. Jeder Mensch mit natürlichem Rechtsgefühl empfindet dies auch unmittelbar. Wenn man einen Gegner durch Versprechungen dazu bewegt, die Waffen auszuliefern, so daß er den Krieg nicht weiterführen kann, und dann die Versprechungen nicht einhält, dann wäre es um das ganze Völkerrecht geschehen, und ein auf solchen Betrug aufgebauter Völkerbund kann kein wahrer Völkerbund werden, sondern nur dazu dienen, die Welt über den völkerrechtlichen Betrug eine Zeitlang hinwegzutäuschen. Man kann freilich während eines Kriegs Kriegslisten benützen, aber man kann es nicht als erlaubte Kriegslist bezeichnen, daß man den Gegner bewegt, die für die weitere Kriegführung nötigen Mittel auszuliefern durch Versprechungen, daß er einen bestimmten Frieden erhalten werde, und dieses Versprechen dann nicht einhält. Jeder Mensch mit natürlichem Rechtsgefühl empört sich dagegen, und jeder Jurist muß sagen, daß auf diese Weise ein Recht unter den Völkern nicht bestehen kann.

Wenn man über die Heiligkeit der internationalen Verträge im allgemeinen spricht, so darf man die Heiligkeit des Waffenstillstandsvertrags nicht vergessen. Er muß die Grundlage eines neuen und wahren Friedensvertrags bilden."

Entschädigungsvorschläge deutscher Industrieller

Das Blatt „Radical" in Marseilles erhält von seinem Berliner Mitarbeiter bemerkenswerte Mitteilungen über Besprechungen, die Barthou mit deutschen Industriellen, besonders mit dem Direktor der AEG. (Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft) Ph. Deutsch, gehabt haben soll. Es wird natürlich noch nachzuprüfen sein, ob die Mitteilungen des genannten Berichterstatters zutreffen, der meldet, daß sich folgendes Programm aufstellen ließe, wie dies von deutscher Seite angeregt wurde:

1. Aufhebung des Londoner Ultimatums, Verminderung der deutschen Schuld, Festsetzung einer neuen Entschädigungssumme mit Hilfe freundschaftlicher Verhandlungen, 2. Aufhebung des Vertrags von Versailles, besonders Aufhebung seiner politischen und wirtschaftlichen Beschränkung des deutschen Handels, 3. Räumung des linken Rheinufers. Dafür vierer Deutschland den vollständigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete an, sodann eine Pauschalsumme, durch die die Entschädigung endgültig erledigt werden soll.

Bei einem Frühstück und einer sehr bewegten Besprechung mit Deutsch und dem Direktor der Nationalbank für Deutschland (Dr. Schach), habe Deutsch die Pauschalsumme von 20 Milliarden Goldmark zur ausdrücklichen Nutznießung Frankreichs angeboten. Diese Summe würde durch eine ausländische Anleihe aufgebracht werden, die ausschließlich von der deutschen Industrie geilgt und gesichert würde. Der Berichterstatter des „Radical" glaubt, daß die 20 Milliarden, die Deutsch anbot, die Mindestleistung darstelle, dem man einen Höchstbetrag gegenüberstellen könnte, der sich auf 40—50 Milliarden belaufen sollte. Auf dieser Grundlage könnten die Besprechungen fortgesetzt werden.

Soviel steht fest, daß Dr. Schach mit Barthou eine Besprechung hatte und er dabei gewisse Vorschläge machte, aber von der Bezahlung einer Pauschalsumme ist in den Plänen von Dr. Schach keine Rede; diese sollten vielmehr darauf hinauslaufen, daß eine Reihe deutscher Monopole geschaffen werden sollen, deren Erträgnisse für die Entschädigungszahlungen verwendet werden sollen. In Aussicht genommen wäre ein Alkoholmonopol, das ja zum Teil in Deutschland bereits besteht, das aber auch auf Bier und anderes ausgedehnt werden soll, und ein Tabakmonopol.

Die Eröffnung der Friedenskonferenz

Lausanne, 21. Nov. Die erste Sitzung der Friedenskonferenz wurde durch den schweizerischen Bundespräsidenten Haab eröffnet. Lord Curzon hielt eine Einleitungsrede, worauf Ismed Pascha das Wort ergriff. Er führte aus, vor vier Jahren habe man den Waffenstillstand geschlossen im Vertrauen auf die 14 Grundsätze Wilsons, aber der Friede sei ausgeblieben. Das türkische Volk, aller Wohltaten des Friedens beraubt, habe schließlich eingesehen, daß die unaufhörlichen Betätigungen seines Friedenswillens nutzlos seien, und da keine andere Hoffnung blieb, habe es wieder zu den Waffen gegriffen und unter zahllosen Lasten und Opfern sich die Unabhängigkeit wieder erobert, Rechte, wie sie jedes lebensfähige Volk besitzen müsse, vor allem das Recht auf Arbeit und Betätigung. Der allgemeine Frieden könne dadurch bewahrt werden, daß die Nationen gegenseitig ihr Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit achten.

Havas berichtet, England, Frankreich und Italien haben sich geeinigt, unter sich im Vorsitz der Verhandlungen abzuwechseln. Die türkische Vertretung verlangt, daß alle Mächte der Reihe nach den Vorsitz führen.

*

Die nichtamtlichen Verhandlungen — Italiens Forderungen

Paris, 21. Nov. Havas erfährt, nachdem zwischen Poincaré und Curzon in ihrer Besprechung in Paris am Samstag ein Einverständnis erzielt war (es handelte sich um die gegenseitige Unterstützung im Orient und in dem Vorgehen gegen Deutschland) habe Mussolini in Territel sich „auf seine Art in voller Freiheit" ausgesprochen. Italien habe im Friedensvertrag von Sevres nicht so viel erhalten, als es erwarten konnte. Frankreich habe das „Mandat" über Syrien, England Palästina und Mesopotamien genommen. Zum Ausgleich wolle Italien jetzt wirtschaftliche Vorteile, ebenso die Inseln im Aegäischen Meer, die nach dem Beschluß der Verbündeten den Türken zurückgegeben werden sollten.

„Ere Nouvelle" läßt sich aus Lausanne melden, sehr wahrscheinlich werde die deutsche Entschädigungsfrage doch in Lausanne behandelt werden. Dort sei ein italienischer Bevollmächtigter eingetroffen, der „Spezialist" in dieser Frage sei. Er sei beauftragt, eine Erhöhung des italienischen Anteils an der Kriegsentschädigung zu verlangen. (Von den Barzahlungen von 132 Milliarden Goldmark erhält nach dem Londoner Ultimatum Frankreich 52, Italien 10 Prozent).

Ismed gegen das Techtelmechtel

Paris, 21. Nov. Ismed Pascha erklärte dem Vertreter von Havas in Lausanne, er könne den Blättermeldungen über angebliche Abmachungen zwischen den Verbündeten vorläufig keinen Glauben beimessen. Es sei unglaubhaft, daß die Türkei vor die Tatsache eines Abkommens gestellt werde, das über ihren Kopf hinweg gemacht wurde. Die Türken seien nicht nach Lausanne gekommen, um abgeurteilt zu werden, sondern um frei und unabhängig am Friedensvertrag mitzuarbeiten. Namentlich werde die Türkei auf der Entschädigung der durch die Griechen der türkischen Bevölkerung an Leben und Eigentum zugefügten Schäden bestehen.

*

Lausanne hat das „Konferenzfieber". Dies ist eine Krankheit, die Genf nach drei Sessionen des Völkerbundes bereits

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

überwunden hat; aber Lausanne macht den Eindruck, als ob sich hier die fremde Note stärker vordrängen würde. Die Türken scheinen außer ihrer kemalistischen Abordnung auch sonst alles aufgeboten zu haben, was sie in Europa an Diplomaten besitzen, und auf Schritt und Tritt stoßen einem die Männer mit den hohen, steifen, schwarzen Lammfellmützen auf, die für Angora das Wahrzeichen und zugleich ein Protest gegen den roten Fez geworden sind. In großer Zahl sind auch die Griechen vertreten, die sich aber bisher vorsichtig zurückhalten und auf die Weisungen ihrer englischen Schutzpatrone warten, während sich die Türken ziemlich redselig geben, aber nur die von Ismed Pascha am ersten Ankunftstag gemachten Erklärungen wiederholen. Ungemein zahlreich sind auch die ägyptischen Unterhändler, die übrigens zwei Nebenabordnungen aufweisen und sich vornehmen, einen erbitterten Sturmlauf gegen die englische „Unterdrückung" in Szene zu setzen.

Frankreich mobilisierte in den letzten Tagen alles, was es in Europa an Freunden zu besitzen glaubt, nach dem belgischen Zulassungsgesuch machen nun auch die Polen große Anstrengungen, um an den Konferenzen teilnehmen zu können, wenn auch ohne Stimmberechtigung.

Die Türken machen übrigens aus ihrer Erbitterung, daß Poincaré mit London verhandelt, kein Hehl, aber man hat für diesen „Verrat" eine Erklärung gefunden, die hier von Mund zu Mund geht. Danach hätte Poincaré als Entgelt für seine Einwilligung, mit Lord Curzon zu verhandeln, den Verzicht Englands auf die bisher von London beobachtete „rheinische Politik" erzielt. Durch diese Schwenkung hat sich die Stellung der Türken in Lausanne etwas verändert. Auffallend ist es, daß man bisher von den Russen fast gar nichts hört. Falls Tschitscherin durch diese Zurückhaltung das Interesse für das russische Ränkespiel steigern wollte, hat er seinen Zweck vollauf erreicht. Aber an dem Beispiel von Genua hat man gesehen, daß es die Russen durch ihre Taktik schließlich mit fast allen verdorben hatten. Es ist möglich, daß sich diese Erfahrung in Lausanne wiederholen wird . . .

Ein Reichsgeschäftsministerium

Berlin, 21. Nov. Der Reichspräsident beauftragte den Geheimrat Cuno mit der Bildung eines reinen Geschäftsministeriums ohne ausgesprochene Berücksichtigung der Parteien. Cuno übernahm den Auftrag abermals und setzte sich sogleich mit verschiedenen führenden Persönlichkeiten in Verbindung. Da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Montag nachmittag den bisherigen ablehnenden Standpunkt bezüglich der Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei ausdrücklich bestätigte, kamen Sozialdemokraten für das neue Ministerium nicht mehr in Betracht. Die Verhandlungen Cunos hatten den Erfolg, daß er abends gegen ½9 Uhr bereits dem Reichspräsidenten die Liste der für das Kabinett ausersehenen Persönlichkeiten vorlegen konnte. Der Reichspräsident vollzog darauf die förmliche Ernennung Cunos zum Reichskanzler. Das neue Kabinett soll am Donnerstag dem Reichstag vorgestellt werden und der Reichskanzler wird dann die Regierungserklärung abgeben, an die sich die große politische Aussprache der Parteien schließen soll. Die Reichstagsfraktionen besprachen bereits gestern nachmittag unter sich die neugeschaffene Lage.

Das Programm des Geschäftsministeriums wird bezüglich der Außenpolitik den bisherigen Grundsatz des Willens zur Verständigung beibehalten; in der inneren Politik soll die deutsche Note vom 13. November an die Entschädigungskommission als Richtschnur übernommen werden.

Ueber die Zusammensetzung des Kabinetts veröffentlichen die Blätter mutmaßliche Listen, aus denen hervorgeht, daß der Reichskanzler seine Wahl unter Beschränkung auf die Parteien, die man als die „erweiterte Arbeitsgemeinschaft der Mitte" zu bezeichnen pflegt, getroffen hat. Neben den bisherigen Ministern Hermes und Brauns (Ztr.), Geßler und Gröner (Dem.) werden z. B. genannt die Abgeordneten v. Kardorff, Heinze, Raumer (D. Volksp.), Dr. Heim (Bayer. Volksp.) und andere.

*

Rechts und links

Berlin, 21. Nov. Die Deutschnationale Volkspartei wird, wenn auch ein Fraktionsbeschluß noch nicht vorliegt, dem Ministerium Cuno gegenüber eine wohlwollende, abwartende Haltung einnehmen und sie gegen eine etwaige Opposition von links stützen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte die Festigung der Mark als die erste Aufgabe der deutschen Politik; jedenfalls werde sie der Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit entschieden entgegentreten. Ueberstunden sollen nur auf Grund von Vereinbarungen mit den Gewerkschaften statthaft sein.

Neue Nachrichten

Vom Reichstag

Berlin, 21. Nov. Die gestrige Sitzung wurde nach kurzer Dauer wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochen. Die nächste Sitzung wird am Donnerstag nachmittag 5 Uhr stattfinden. Tagesordnung: Entgegennahme der Regierungserklärung.

Parteiverbot

Berlin, 21. Nov. In Preußen ist nunmehr auch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei verboten, ferner die Nationale Sparvereinigung in Berlin, sowie deren sämtliche Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen aufgelöst worden.

Die Presse gegen das Schutzgesetz

Berlin, 21. Nov. Der Hauptvorstand des Reichsverbands der deutschen Presse hat gegenüber den Beeinträchtigungen der Presse durch das Gesetz zum Schutz der Republik erneut beantragt, beim Staatsgerichtshof Pressesachverständige zu bestellen. Die Bestimmungen über Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften sollen eingeschränkt und die Entscheidungen den ordentlichen Gerichten überlassen werden. Bestrafung soll nur bei vorsätzlichen Straftaten erfolgen und der Begriff der „Beschimpfung" auf rohe Form beschränkt werden. Ueberdies soll die „Beschimpfung" straffrei sein, wenn von dem betr. Blatt der Wahrheitsbeweis geführt wird.

Die Reichstagswahl in Deutsch-Oberschlesien

Berlin, 21. Nov. Das amtliche Ergebnis bei den nachgeholten Reichstagswahlen in Oberschlesien ist folgendes: Wahlberechtigt 747 339, abgegebene Stimmen 700 797. Davon entfielen auf das Zentrum 199 246 (gegen 236 000 bei den Wahlen am 19. Januar 1919), Sozialdemokraten 73 266 (162 000), Deutschnationale Volkspartei 69 508 (31 000), Polen 50 183, Deutsche Volkspartei 37 259 (0), Kommunisten 36 624 (0), Deutschsoziale 22 291 (0), Demokraten 11 912 (31 000), Kath. Volkspartei 23 (0).

Zwei deutsche Senatoren in Oberschlesien gewählt

Breslau, 21. Nov. Die Wahlen zum polnischen Senat haben in Oberschlesien ein über die Erwartungen hinausgehendes günstiges Ergebnis gehabt. Es ist nicht nur, wie es nach den ersten Meldungen schien, ein Deutscher durchgekommen, sondern zwei deutsche Senatoren neben zwei polnischen.

Deutschland friert auf Kosten der Besetzung

Landau (Pfalz), 21. Nov. Nach dem für die französischen Besatzungstruppen in der Pfalz geltenden Quartierreglement hat an Brennmaterial zu beanspruchen jede Familie an Küchenbrand 360 Kilogramm Kohle monatlich. An Zimmerbrand der verheiratete Offizier 500 Kilogramm und der ledige Offizier 300 Kilogramm für zwei Räume monatlich. Hat der Offizier mehr Räume, so bekommt er für jedes weitere Zimmer noch 150 Kilogramm Kohle monatlich. Unteroffiziere und Mannschaften erhalten monatlich 150 Kilogramm. Wenn sie mehr als zwei Jahre dienen, 400 Kilogramm Kohle monatlich. Außerdem haben Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften Anspruch auf Holz in der Art, daß anstatt 50 Kilogramm Kohle 100 Kilogramm Holz geliefert werden müssen. Die Belieferung der französischen Besatzungstruppen mit Brennmaterial fällt auf das Konto Besatzungskosten. Das Brennmaterial muß also auf Kosten des Reiches geliefert werden.

Ein englischer Vorschlag zur Entschädigungsfrage

London, 21. Nov. Der Bankier Goodenough von der Barclaybank sagte in einer Rede in der Handelskammer in Norwich, die Lösung der Entschädigungsfrage sei die Aufgabe der Gegenwart. Deutschland müßte seinen Reichshaushalt ins Gleichgewicht und seine Währung in Ordnung bringen. Ein Ueberwachungsausschuß müsse sich von den ehrlichen Anstrengungen, den Plan auszuführen, laufend überzeugen. Die von der Entschädigungskommission gegenwärtig auferlegten Leistungen müsse Deutschland anerkennen. Die Zahlungsfrist soll auf unbestimmte Zeit bewilligt und beendigt werden, wenn der Ueberwachungsausschuß nie Ungünstiges über den Leistungswillen berichten sollte. Ferner soll Deutschland Schuldverschreibungen ausgeben, wenn der Ueberwachungsausschuß der Meinung ist, daß Deutschlands Finanzen es gestatten und Abnehmer für die Schuldverschreibungen sich finden. Es sei kaum zu bezweifeln, daß Deutschland einem solchen Ueberwachungsausschuß zustimmen würde, und dadurch würde jene unerwünschte und gefährliche Regierungsüberwachung vermieden, die durch den Vertrag von Versailles ausdrücklich ausgeschlossen sein soll.

Aufhebung des Alkoholverbots in Amerika?

Washington, 21. Nov. Der republikanische Abgeordnete Hill brachte im Repräsentantenhaus einen Antrag ein, den ehemaligen Kriegsteilnehmern (die versprochenen) Unterstützungen zu gewähren. Die Mittel sollen durch eine Steuer auf alkoholische Getränke von nicht über 23 und 24 Prozent Alkoholgehalt aufgebracht werden. — Demnach würden solche Getränke in den Vereinigten Staaten wieder hergestellt werden dürfen. Das sogenannte Prohibitionsgesetz verbot bisher jedes alkoholische Getränk.

Streik in der Reichsdruckerei

Berlin, 21. Nov. Wie jetzt erst bekannt gegeben wird, trat am 17. November das Personal der Reichsdruckerei in den Ausstand. Die Direktion hatte 18 Kräfte der Druckerei vorübergehend in den Büros beschäftigt. Da sie aber im Betrieb nicht länger entbehrt werden konnten, wurden sie wieder in die Druckerei zurückgenommen und durch Bürohilfskräfte des Arbeitsamts ersetzt. Am 16. November stellte nun der Betriebsausschuß als Ultimatum die Forderung, daß die gewerblichen Kräfte bis spätestens 17. November vormittags 9 Uhr wieder in den Büros beschäftigt werden müssen. Da aber die anderen Kräfte nicht Knall und Fall wieder entlassen werden konnten, sagte die Direktion eine Prüfung in jedem einzelnen Fall zu. Darauf legte das ganze Personal um 11 Uhr mittags die Arbeit nieder. Um 5 Uhr wurde der Streik beendet, nachdem die Gewerkschaft vermittelt hatte.

*

Bern, 21. Nov. Der Buchdruckerstreik, der am Samstag vormittag seinen Anfang in Lausanne genommen hat, breitete sich am Montag auf Bern, Basel und Zürich aus. Nur die obligatorischen sozialistischen Zeitungen dieser Städte erscheinen.

Württemberg

Stuttgart, 21. Nov. Zusammentritt des Landtags. Wie wir erfahren, wird der Landtag am Dienstag, den 28. November, zu einer kurzen Tagung zusammentreten.

Stuttgart, 21. Nov. Württ. Bauernbund. Der Landesausschuß des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds erklärte bezüglich der Getreideumlage, die Herabsetzung des Liefersolls auf 22 000 Tonnen für durchaus ungenügend, und er forderte eine weitere Herabsetzung unter das Liefersoll des letzten Wirtschaftsjahres, ferner die Unterstützung der kleinen Weingärtner beim Einkauf von Kupfervitriol, sowie eine Berücksichtigung bei Beschaffung von Pfählen durch die Forstdirektion in ähnlicher Weise, wie sie beim Einkauf von Holz für das Handwerk stattfindet.

ep. **Stuttgart, 21. Nov.** Die Tagung der ev. Landeskirchenversammlung, bei der Stellung zum Entwurf des staatlichen Gesetzes über die Kirche genommen werden soll, wurde heute eröffnet. Am Mittwoch beginnen die Beratungen.

In einer höheren Schule in Stuttgart verpflichteten sich auf Anregung der Lehrer von insgesamt 237 Schülern aus 9 Klassen der Ober- und Mittelstufe 131, das Zigarettenrauchen zu unterlassen, 60 davon verzichteten auf das Rauchen überhaupt.

Stuttgart, 21. Nov. Der württ. Arbeitsmarkt hat im Oktober eine zwar nicht sehr starke, aber doch in der Mehrzahl der Industrien wahrnehmbare Verschlechterung erfahren. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden stieg gegen-

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

50. (Nachdruck verboten.)

Da fiel ihr ein, daß Felsen darauf bestehen würde, sie zu sehen; dem aus dem Wege zu gehen, sagte sie: „Ich glaube, Hedwig, es ist besser, daß ich zu Bette gehe —"

Die Jungfer war erschreckt.

„Soll ich nicht lieber dem Arzt telephonieren? Baronesse sehen sehr blaß aus —"

Erdmute schüttelte den Kopf. Sie erhob sich und ging in ihr Schlafzimmer hinüber, um dann, von der Jungfer unterstützt, die ihr das reichgestickte Nachthemd überstreifte, sich in ihr Bett zu legen.

Auf die besorgten Fragen der Jungfer sagte sie, erschöpft die Augen schließend: „Es ist wirklich nichts, Hedwig! Nur ein Schwäche- und Schwindelanfall! Morgen ist's sicher wieder gut! Gehen Sie! Wenn ich Wünsche habe, werde ich klingeln — — nein, essen kann ich nichts — ich brauche nur Ruhe! Ziehen Sie bitte die Vorhänge zu; aber das Fenster lassen Sie offen! Den Herren meine Grüße —" rang sie sich noch ab zu sagen, als sie die Jungfer entließ.

Nun war sie ungestört und konnte nachdenken. Sie verschränkte die Arme im Nacken. Das eine stand vor allem fest: Otto v. Felsens Frau wurde sie nicht.

Tief und erleichtert atmete sie auf. Dieses Bewußtsein ließ sie auch den Gedanken an das Aufsehen, das ihre so kurz vor der Hochzeit aufgehobene Verlobung erregen würde, leicht ertragen.

In ihrem Sinnen wurde sie durch den Vater gestört, der ängstlich zu ihr kam.

Sie beruhigte ihn; doch ihr Aussehen flößte ihm Sorge ein — so unnatürlich blaß hatte er seine sonst immer so gesunde Tochter noch nie gesehen, und diese Blässe wurde noch verstärkt durch das Licht, das durch das Blättergewirr des wilden Weinlaubs grüngolden ins Zimmer fiel.

Er drängte darauf, den Arzt zu holen; doch sie wollte davon durchaus nichts wissen, und er mußte sich ihrem bestimmt ausgesprochenen Willen fügen.

Der Baron saß an ihrem Bette und streichelte zärtlich ihr Gesicht, das ihm heute so eigen erschien, unruhig irrten ihre Augen umher, und merkwürdig gequält war der Ausdruck ihrer schönen, gleichmäßigen Züge.

Es mußte etwas vorgefallen sein, das sie tief erregt hatte. Aber was nur —! Es war doch kaum eine Stunde her, daß sie sich fröhlich von ihm getrennt — — und den Verlobten hatte sie auch noch nicht gesprochen, daß da irgend eine Meinungsverschiedenheit die Ursache gewesen sein könnte!

Der liebevoll forschende Blick des Vaters störte sie — sie wandte den Kopf zur Seite. „Bitte, Papa, ich möchte jetzt ein wenig schlafen!" sagte sie, wie erschöpft die Augen schließend.

Als Erdmute allein war, schlüpfte sie schnell aus dem Bett, warf ihren Kimono wieder über und ging nebenan in ihr Ankleidezimmer. Sie setzte sich vor den zierlichen Schreibtisch, nach kurzem Besinnen glitt die Feder eilig über das Papier. Kaum, daß sie das Geschriebene nochmals überlas! Sie hatte keine Ruhe, ehe nicht der Brief geschrieben.

„So!" sagte sie mit tiefem Atemzug, als sie den lila Lack auf den Briefumschlag träufelte und das Petschaft in die weiche Masse drückte. „Ich kann nicht anders!"

Sie legte die Hände vor die Augen. Schwer war es doch — —! Aber, wenn es noch so viel Aufsehen gab und man sich noch so sehr den Kopf zerbrechen würde — sie konnte nicht anders!

Und ganz heimlich war die große Freude in ihr: sie wurde wieder frei — — das Band, das sie voreilig, wie auf der Flucht vor sich selbst, geknüpft, durfte sie mit gutem Gewissen wieder lösen!

Dann streckte sie sich auf dem Divan aus. Sie betrachtete lange ihren Verlobungsring, ehe sie ihn vom Finger zog.

Heute hatte sie diesen drückenden Reif zum letzten Male getragen!

Wie köstlich war es doch, dieses Gefühl des Freiseins! —

Ganz still war es — nicht ein Laut störte sie in ihrer Ruhe.

Aber war sie denn wirklich frei?

War sie nicht an einen gebunden, nach dem ihre Sehnsucht schrie und der ihr doch so unerreichbar war?

Karl Günther, vor dem ihre ganze Herbheit, ihr ganzer Stolz in nichts versank —! Und schattenhaft tauchte es in ihr auf: in der neuen Zeit jetzt geschah so viel Wunderbares, Seltsames, Außergewöhnliches, daß wohl auch das Seltsamste, Außergewöhnlichste als ganz selbstverständlich und natürlich betrachtet werden würde, wenn — —

Ja, wenn — —

Doch nein, soweit konnte sich die stolze Erdmute von Eggersdorf nicht vergessen; die war mit ihren Anschauungen und ihrer Gesinnung so fest mit der alten Zeit verwachsen, daß es ihr unmöglich gewesen wäre, der neuen irgendwelche Zugeständnisse zu machen, was ihre Person betraf!

Und wenn sie dadurch einsam und freudlos ihr ganzes Leben lang bleiben mußte.

14.

Am Abend sagte es Erdmute dem Vater, daß sie Otto v. Felsens Frau nicht werden könne.

Als ob sie nicht bei Sinnen, so erschrocken sah der Baron die Tochter an.

Gelassen nickte sie ihm zu: „Ja, Papa!"

Der sonst so ruhige Mann hatte ganz die Fassung verloren.

„Warum, Erdmute? Hatte es dich gekränkt, daß er heute morgen nicht pünktlich war? Es hat ihm selbst sehr leid getan — doch eine dringende Abhaltung —"

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

über dem September um 3.7 Prozent, die der offenen Stellen fiel um 6 Prozent; die Zahl der Vermittlungen erfuhr jedoch trotzdem noch eine kleine Steigerung. Entlassungen von Arbeitskräften in größerer Zahl sind bisher nicht vorgenommen worden. Die Industrien, die entweder durch den Mangel an Kapital, durch Absatzschwierigkeiten oder die Ungunst der Jahreszeit gezwungen wurden, ihre Betriebe einzuschränken, griffen vornehmlich zu dem Mittel der Arbeitszeitverkürzung. So wurde z. B. in einer Reihe von Webereien und Zwirnereien, Papier- und Kartonnagefabriken, Zigarren-, Schokolade- und Schuhfabriken mit verkürzter Wochenarbeitszeit gearbeitet. Einige Zigarrenfabriken hielten ihren Betrieb an nur drei Tagen der Woche aufrecht. Günstiger lagen die Verhältnisse in der Metallindustrie. Auch die Trikotagenfabriken waren gut beschäftigt. In der Holzindustrie war der Mangel an Facharbeitern für die Klavier- und Möbelindustrie noch groß. Weniger befriedigend lagen die Beschäftigungsverhältnisse in den Sägewerken, denen der Einkauf von Rohhölzern durch die Niedergang der Mark sehr erschwert wurde. Das Baugewerbe arbeitete bei günstiger Witterung noch verhältnismäßig rege. Die verschiedentlich beschäftigungslos werdenden Bauhilfsarbeiter konnten vor allem in der Landwirtschaft Arbeit finden. Die Hackfruchternte erforderte viele Arbeitskräfte. Ohne die tatkräftige selbstlose Hilfe der Studentenschaft wäre ein großer Teil der Ernte der Vernichtung anheimgefallen. Die Zahl der vollunterstützten Erwerbslosen betrug am 1. November 145 gegenüber 116 am 1. Oktober und 386 am 1. Oktober 1921.

Reutlingen, 21. Nov. Tagung. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten hält am 25. und 26. November hier seinen 4. württ. Gautag ab.

Tübingen, 21. Nov. Württ. Städtetag. Der Vorstand des Württ. Städtetags nahm in einer hier abgehaltenen Sitzung Stellung zur Schulreform. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß neben der Volksschulreife und der Reife für die Hochschule eine mittlere Reife (für den Zugang zu den mittleren Stellen bei den Behörden, das frühere „Einjährige") nicht zu entbehren sei. Diese mittlere Reife soll erworben werden können an den Aufbauklassen der Volksschule, an Fach- und an höheren Schulen oder durch Ablegung einer besonderen Prüfung, und zwar an den genannten Schulen in einem 9jährigen Lehrgang (4 Grundschul- und 5 Aufbauklassen), so daß auch die fünfklassigen Landlatein- und Realschulen, auf deren Erhaltung Wert gelegt wird, dieses Reifezeugnis erteilen können. Die Verlängerung der Schulzeit von 9 auf 10 Jahre lehnt der Städtetag aus volkswirtschaftlichen Gründen entschieden ab. Bei den höheren Schulen, die auch den Mädchen zugänglich sein sollen, spricht er sich für den 8jährigen Lehrplan aus. An den ungeheuer gestiegenen Kosten der freien Lehrmittel soll sich der Staat beteiligen. Aus Sparsamkeitsgründen sollen die Ferien an allen Schulen gleichzeitig sein und wegen der Heizung die Weihnachtsferien auf Kosten der übrigen Ferien auf mindestens einen Monat ausgedehnt werden. Die Regierung wird aufgefordert, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen und den Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen, um erforderlichenfalls Notstandsarbeiten ausführen zu können.

Ulm, 21. Nov. Teures Holz. Die Reichsvermögensverwaltung versteigerte in Neu-Ulm Brennholz, das zu 700 Mark der Raummeter ausgeboten und bis zu 6000 ℳ gesteigert wurde. Die Käufer mußten außerdem die Umsatzsteuer zahlen, was zwar auch bei der Reichsvermögensverwaltung nicht zulässig sein wird.

Steinhausen OA. Biberach, 21. Nov. Vom Bock getötet. Die 80jährige Pfründnerin Bachmohr wurde von einem Schafbock hinter dem Haus angefallen und zu Boden geworfen. Das wütende Tier stieß der Frau mehrere Rippen ein und bearbeitete sie so, daß sie an den Folgen der Verletzungen verschied.

Hemigkofen, OA. Tettnang, 21. Nov. Todesfall. Generalleutnant a. D. Albert von Fritsch ist am Samstag hier infolge eines Herzschlags gestorben. Der Verstorbene, aus der Artillerie hervorgegangen, war am 29. April 1856 geboren und war im Frieden zuletzt Kommandeur der Preuß. 30. Feldartilleriebrigade gewesen. Am 20. April 1909 zum Generalmajor ernannt, schied er ein Jahr später aus dem aktiven Heere aus. Im Krieg hatte er sich als Nachfolger des Generals Frhr. v. Soden als Kommandeur der 26. Reserve-Division in den blutigen Abwehrkämpfen des Westens als umsichtiger Führer erwiesen. Die eiserne 26. Reservedivision wird ihrem heldenmütigen, ritterlichen und allgemein beliebten Kommandeur aus den Kriegsjahren 1916—18 ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Neckarsulm, 21. Nov. Unfall. Bei der Einfahrt des Heilbronner Zuges sprangen drei Buebchen über die Puffer des Wagens und drängten ein Mädchen von der Platiform hinunter. Das Mädchen kam zu Fall und brachte den Fuß unter die Räder.

Stuttgart, 21. Nov. Aus den Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker), Landesverband Württemberg und Hohenzollern, hielt unter starker Beteiligung hier seine erste Landestagung und stellte seine Satzungen fest. Als Vorsitzende wurden Fuchs-Cannstatt vom Gewerkverein und Harmes von G. D. A. mit gleichen Rechten gewählt.

Asperg, 21. Nov. Unglücklicher Schütze. Bei einem Hochzeitsschießen wurde der 11jährige Sohn des Telegraphenarbeiters Deininger, als er eben die Schule verließ, auf der Straße von einer Kugel getroffen und tödlich verletzt.

Markgröningen, 21. Nov. Unter die Räder. Der verheiratete Kaffeehausbesitzer Gottlieb Siegle aus Stuttgart holte hier bei seinem Bruder Kartoffeln und wollte sie nach Stuttgart führen. Auf der Straße nach Zuffenhausen wollte Siegle aufsitzen, dabei glitt er aus und fiel so unglücklich unter den Wagen, daß ihm die Räder über die Brust gingen und seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Leonberg, 21. Nov. Mahllohn. Vorgestern waren die Müller des Bezirks und verschiedene Landwirtschaftsvertreter versammelt, um die Mahllöhne neu festzusetzen. Nach längerer Aussprache wurden 5 Prozent Natura beschlossen und auch von den Vertretern der Landwirtschaft gutgeheißen.

Gaildorf, 21. Nov. Fürst zu Bentheim und Steinfurt hat der städt. Notstandshilfe 100 000 ℳ überwiesen.

Stockheim, OA. Brackenheim, 21. Nov. Dem reichen Obst- und Weinsegen dieses Jahres hat sich hier ein Kindersegen zugesellt. Es ist im laufenden Jahr nun die dritte Familie, die durch gesunde Zwillinge, und zwar jedesmal 2 Knaben erfreut wurde.

Buchau, 21. Nov. Seit mehreren Tagen finden auf dem hiesigen Rathaus umfangreiche Vernehmungen in einer Einbruchsdiebstahlssache statt. Es wurden auch verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Die beschlagnahmten Sachen haben bis jetzt einen Wert von über 200 000 ℳ.

Lokales.

Wildbad, den 22. Nov. 1922.

General-Versammlung des Kur-Vereins. Am Montag abend hielt der Kurverein seine heuer fällige Hauptversammlung im Hotel „gold. Ochsen" ab. Nach Begrüßung und einigen einleitenden Worten durch den Ehrenvorstand Herrn Stadtschultheiß Bäßner, der an Stelle des verstorbenen 1. Vorstandes Herrn Julius Klumpp provisorisch das Vorstandsamt übernommen hatte, erhielt der Geschäftsführer, Herr Notar Bürkardt das Wort zum Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß der Kurverein auch im vergangenen Jahr wieder auf eine recht rege Tätigkeit zurückblicken kann. Täglich wurden ca. 20—30 briefliche Anfragen erledigt und 300—400 mündliche Auskünfte über Bahnverbindungen, Wohngelegenheit, Ausflüge, Reisegepäckversicherung ꝛc. erteilt. Bemängelt wurde, daß erst am 15. Juni ein Eisenbahnsekretär seine Tätigkeit im Verkehrsbüro aufnehmen konnte. Die Schuld hieran trifft das Passagebüro Rominger-Stuttgart. Verhandlungen mit diesem Büro sollen Abhilfe schaffen. Beschwerden sind dieses Jahr gegenüber den andern Jahren fast gar keine eingelaufen, was als Beweis dafür dient, daß sich die Preise für Zimmer und Pension in mäßigen Bahnen bewegten. Die Zahl der Fremden hat annähernd die Rekordziffer vom Jahre 1921 erreicht, nur ist dabei zu bemerken, daß die Aufenthaltsdauer der Gäste sich reduziert hat auf durchschnittlich 14 Tage. Diesen Erfolg hat in der Hauptsache die intensive Reklame in verschiedenen Zeitungen gebracht. Neben Inseraten wurden noch ca. 30 größere und kleinere Artikel über Wildbad und das Badeleben veröffentlicht. Der Kassenbericht war nicht so erfreulich wie der Geschäftsbericht, weshalb die Vereinsleitung gezwungen war, Beitragserhöhung auf die Tagesordnung zu setzen. Es steht einer Einnahme von 36000 Mk. eine Ausgabe von 50000 Mk. gegenüber. Die Kurmusik für die Herbstmonate 1. Oktober bis 15. November erforderte allein 36000 Mk. Die Beiträge werden erhöht: Grundbeitrag für materiell Interessierte Mk. 100, dazu für jedes vermietbare Bett 5 Mk. jährlich. Außerdem soll durch freiwillige Beiträge eine größere Summe aufgebracht werden. Auch soll an Stadt und Staat um einen Beitrag zu den Kosten der Reklame und weiterer dem Fremdenverkehr dienender Einrichtungen herangetreten werden. Bei den Neuwahlen wurden als 1. Vorsitzender Herr Dir. Bopp, als 2. Vorsitzender Herr Buchhändler Paucke gewählt. Herr Notar Bürkardt wurde zum Geschäftsführer wiederum gewählt. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus den Herren W. Kull, Aug. Bechtle, F. Kuch, Med.-Rat Schober, Kiefer, E. Schrempp, Dr. Grunow, Bäßner-Sommerberg, R. Treiber, A. Stern. Bei der nun folgenden Aussprache über den Winterkurbetrieb wurde beschlossen, denselben im nächsten Jahr fortzusetzen und zu versuchen, ihn den ganzen Winter hindurch aufrecht zu erhalten. Verschiedene Anregungen über Verkehrsfragen wurden zur Notiz genommen um bei den Verhandlungen der Fahrplanausarbeitung verwertet zu werden. Herr Stadtschultheiß Bäßner dankte den Erschienenen für ihre rege Beteiligung an den Aussprachen, was als Beweis großen Interesses anzusehen sei, bemängelte jedoch, daß der Besuch nicht derart gewesen sei, wie er erhofft. (Hauptsächlich sollten sich den idealen Bestrebungen des Kurvereins auch am Kurbetrieb die materiell beteiligten Geschäftsleute wie Bäcker, Metzger, Schuhmacher etc. mehr anschließen. Die Schriftleitung). Er forderte die Anwesenden auf, auch fernerhin für den Kurverein tüchtig weiterzuarbeiten und schloß die anregend verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr. —l—

Der Zuckerpreis. Vom Beirat für die Zuckerbewirtschaftung (Reichszuckerstelle und Handelsverbände) wurde der Grundpreis für den bewirtschafteten Zucker vom 1. Dezember an auf 120 ℳ für das Pfund festgesetzt. Der Kleinverkaufspreis dürfte sich einschließlich der hinzukommenden Unkosten, Frachten- und Verdienstspannen, auf etwa 170 ℳ das Pfund stellen.

*

Der Großhandelsindex. Für die Berichtswoche vom 11. bis 17. November betrug der Kaufkraftindex der „Industrie- und Handelszeitung" 1376,10, d. h. die zu Grunde gelegten 44 Großhandelswaren erreichten das 1376fache ihres Friedenspreisstandes, so daß damit die Inlandkaufkraft der Mark, am Großhandelspreisniveau gemessen, nur noch ein 1376stel ihres Vorkriegswertes darstellte. Der Preisspiegel der Großhandelswaren, am Index der Industrie- und Handelszeitung gemessen, erhöhte sich um 15,1 Prozent seit der Vorwoche (1195,31).

Allerlei

Sharp †. Der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, William Sharp, ist gestorben. — Sharp war einer der drei Sendlinge, die Wilson nach dem Bericht des französischen Ersten Ministers Hanotaux im Herbst 1914 zur Regierung in Paris schickte, um sie beschwören zu lassen, doch ja keinen Frieden zu schließen. Amerika werde schon zur Stelle sein, wenn die Not es erfordere. Vorerst seien in Amerika nur 50 000 Leute für Krieg mit Deutschland, aber 100 Millionen wären dagegen. Wilsons Aufgabe sei es, dieses Stimmenverhältnis umzukehren. Die beiden Begleiter Sharps bei jener Sendung waren der frühere Botschafter Bacon und der jetzige Botschafter Myron Herrick.

Ein Scheffeldenkmal in Franken. Der „Fränkische Schweizerverein" beabsichtigt auf Neideck ein Scheffeldenkmal zu errichten. Der Dichter hat in den 60er und 70er Jahren anläßlich seiner Fahrten nach der Wartburg manche Monate im Frankenland zugebracht.

Die Taggelder der bayerischen Abgeordneten, die bis jetzt monatlich 4000 ℳ betragen, sollen, wie eine Regierungsvorlage vorschlägt, auf 20 000 ℳ für die Münchener und 25 000 Mark für die Nichtmünchener Abgeordneten erhöht werden mit den prozentualen Teuerungszuschlägen für die Beamtengehälter.

Wintersport in Oberbayern. In den oberbayer. Wintersportplätzen rechnet man für den kommenden Winter mit einem sehr regen Wintersport. Es soll versucht werden, bei den Verkehrsbehörden durch Einführung von Sonderzügen auch dem Mittelstand die Möglichkeit zu geben, den Sonntag oder auch längere Zeit im bayerischen Hochland zu verbringen.

Ein Liter Bier 120 Mark. In München ist der Bierpreis auf 120 Mark erhöht worden.

Ein deutscher Dampfer im Kaspischen Meer. Aus Teheran (Persien) wird gemeldet, daß ein kleiner Hamburger Dampfer, mit Zucker, Schuhwaren und Nähmaschinen beladen, in Enzeli (am Südwestufer des Kaspischen Meers, bei Rescht) eingetroffen sei. Es ist das erste Schiff, das von Hamburg direkt nach diesem Meer gefahren ist. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor. Das Schiff scheint den Weg vom Asowschen Meer über die Manytsch- und Kuma-Wasserrinne genommen zu haben, um zu dem uralten, einst sehr bedeutsamen Handelsgebiet, das um das 483 000 Geviertkilometer große Kaspische Meer herum liegt, zu gelangen.

Die Auslieferung des deutschen Grundbesitzes an Ausländer. Ein Spanier aus Barcelona, der früher mit Südfrüchten handelte, ist jetzt plötzlicher Besitzer von 300 deutschen Grundstücken, die zum größten Teil in Berlin, und zwar in der Friedrichstraße und im Westen liegen. Insgesamt sind schon über 8000 Berliner Grundstücke an Ausländer verkauft worden. In der Tschechoslowakei werden Berliner und Wiener Grundstücke wie eine Ware gehandelt. Man kauft und verkauft sie dort nach Photographien.

Pestverdächtige Ratten. In Hamburg sind auf dem aus Buenos-Aires angekommenen spanischen Dampfer „Carola Mendi" pestverdächtige Ratten entdeckt worden. Die Ausladung mit dem Rattentötungsapparat ist behördlicherseits vorgenommen worden. Menschen sind nicht erkrankt.

Empfindlicher Verlust. Eine zur Kur in Bad Nauheim weilende Dame verlor ihren Brillantschmuck im Wert von 10 Millionen Mark. Der Schmuck soll von einem jungen Mann gefunden und nach Frankfurt verkauft worden sein.

Die Plünderungsschäden in Dresden bei den schweren Ausschreitungen am letzten Samstag werden auf weit über 100 Millionen Mark geschätzt. Auch Kassen und Privatwohnungen wurden ausgeraubt. 49 Hauptbeteiligte wurden verhaftet. Bei mehreren fand man Geldbeträge bis zu 20 000 Mark.

Ein schlauer Stephanssänger. In München wurde kürzlich ein Postangestellter ermittelt, der sorgenlos in einem hübsch eingerichteten Genossenschaftshäuschen wohnt und wie viele seiner Bekannten nach Amerika Bettelbriefe geschickt hatte an Absenderadressen, die er sich aus eingehenden Briefen merkte. Ein derart heimgesuchter Amerikaner hatte an seine Schwägerin nach München geschrieben, sie solle dem Briefschreiber, der sich als „notleidender Kriegsinvalide mit Frau und Kind" ausgegeben hatte, ermitteln, und ihm, wenn er es bedürfe, ein paar tausend Mark geben. Auf den Vorhalt einer unlauteren Handlung zur Rede gestellt, erwiderte der Briefschreiber, er habe eben Pech gehabt, daß er ausgerechnet an den Schwager einer Münchnerin gekommen sei. — Ein anderer Postangestellter in München, der zwei Wertpakete von je 200 000 Mark mit Erfolg an einen Mitwisser adressiert hatte, wurde im Zustelldienst noch ermittelt und sodann verhaftet.

Falsches Notgeld. In den letzten Tagen trat in Köln ein Betrüger auf mit gefälschten Gutscheinen (Notgeldscheine der Hoersel-Werke A.-G. in Köln) über 500 Mk. Die Scheine gleichen den Reichsbanknoten über 500 Mk. Ein Hoersel-Werk gibt es jedoch nicht. Die Scheine sind also gefälscht.

Die Stadt der Millionendiebstähle. In der Nacht auf Samstag wurde in Berlin u. a. gestohlen: in einer Verkaufsstelle in Reinickendorf für eine halbe Million Mark Lebensmittel, auf dem Güterbahnhof Halensee für eine halbe Million Mark Waren einer Futtermittelfabrik, ebenfalls für eine halbe Million Mark in einer anderen Futtermittelfabrik in der Oranienstraße, für 1 Million Mark Geflügel in der Grenadierstraße, für 800 000 Mark Klebstoffe aus einer Fabrik am Elisabethufer, für eine halbe Million Mark Strickwaren in einem Konfektionsgeschäft in der Invalidenstraße, für eine weitere Million Mark Schuhwaren in einem Geschäft in der Friedrichstraße, für eine halbe Million Mark Reiseartikel in der Kalitzerstraße, für ebensoviel Lebensmittel in der Magdeburger Straße und für eine Million Mark Gold- und Silberwaren in der Wohnung eines Direktors in der Bregenzer Straße. Im französischen Dom schnitten Diebe von allen Sitzen das Leder ab und entwendeten kupferne Leuchter, Kupferstücke und Fenstervorhänge.

Zuckerschieber. Der Kaufmann Otto Dietz aus Mainz, der Dolmetscher Köhler aus Höchst a. M. und die französischen Händler Colona und Noté kauften in Deutschland große Mengen Inlandszucker auf, schafften ihn mit großem Gewinn nach Frankfurt a. M., wo er von anderen Händlern weiter vertrieben wurde. Die Strafkammer verurteilte Diehm zu 9 Monaten Gefängnis und 50 000 Mk. Geldstrafe, Köhler zu 10 Monaten Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe, Colona zu 3½ Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, Noté zu 2 Wochen Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe. Acht Mitschieber erhielten Gefängnisstrafen bis zu 4 Monaten.

Schiffsuntergang. An der Küste von Kalifornien ist ein Dampfer untergegangen, wobei 70 Personen, meist Baumwollarbeiter, umkamen.

Abänderung des Getreidegesetzes

Das Gesetz zur Abänderung des Getreidegesetzes ist nunmehr veröffentlicht worden; es sieht eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage: für Roggen auf 20 300 ℳ, für Weizen auf 30 000 ℳ, für Gerste auf 27 300 ℳ, für Hafer auf 25 500 ℳ je Tonne vor, also rund eine Vervierfachung des bisherigen Preises. Des weiteren sind in dem Gesetz die Ablieferungsfristen für das 2. und 3. Drittel der Umlage dahin geändert worden, daß bis zum 31. Dezember, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April je ein weiteres Sechstel der Umlage zu liefern ist und daß für jedes dieser Sechstel der Preis nach dem im Gesetz vom 4. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angeordneten Verfahren festgesetzt wird. Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Ablösung der Ablieferungspflicht von Originalsaatgut durch einen Geldbetrag auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbestellung ausgedehnt worden.

Schlaf und geistige Arbeit

Zur ungestörten Aufrechterhaltung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit ist eine Schlafdauer notwendig, die für den erwachsenen Menschen mindestens sieben Stunden, für Kinder und Jugendliche neun bis zehn Stunden täglich betragen muß. Untersuchungen darüber, in welcher Weise Verkürzungen der Schlafdauer die geistige Leistungsfähigkeit beeinflußt, hat Prof. Weygand in Würzburg angestellt, namentlich mit Rücksicht darauf, ob letztere mehr durch Schlafkürzung oder durch Nahrungsentziehung geschädigt wird. Es ergab sich, daß bei Verkürzung der üblichen Schlafdauer um drei Stunden die Leistungsfähigkeit des Gedächt-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nisses um die Hälfte sank. Nach sechsstündiger Schlafentziehung wurde das Denken stark beeinträchtigt, ebenso sank die Auffassungsfähigkeit um 60 Prozent, der selbst eine dreitägige Nahrungsentziehung nichts anhaben konnte. Selbst kurze Verminderung des Schlafs schädigte die Leistungen mehr als eine längere Nahrungsentziehung. Die Einwirkung des Hungers auf das Gehirn ist eine andere als die der Schlafverkürzung. Denn bei Versuchstieren, die gehungert hatten, fand man bei der Sektion Blutüberfüllung, bei den Tieren, denen man den Schlaf entzogen hatte, dagegen Blutleere des Gehirns. Darum achte man vor allem darauf, daß Schulkinder und heranwachsende junge Leute die Dauer ihres Schlafs nicht unnötig verkürzen. Mit anbrechender Nacht erfordert das Gehirn seine Ruhe und ruht normal am tiefsten und erholt sich am kräftigsten zur Zeit, da die Sonne sich dem Mitternachtspunkt nähert. Einige Stunden Schlaf vor und um Mitternacht erquicken mehr als sechs Stunden am Morgen bis in die Mittagszeit hinein. Darum gewöhne man Kinder an frühes zu Bett gehen und pünktliches Aufstehen.

Der Nobelpreis für Physik für 1921 ist von der schwedischen Akademie der Wissenschaften dem Professor Einstein, für 1922 dem Professor Niels Bohr (Kopenhagen) und für Literatur dem Spanier Jacinto Benaverte verliehen worden.

Produktionsrückgang

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs ist von 66,978 Millionen im Jahr 1913 auf 62,472 Millionen im Jahr 1921, also auf 93,3 Prozent zurückgegangen. Viel stärker vermindert hat sich aber die landwirtschaftliche Erzeugung. Während im Jahr 1907 die landwirtschaftlich benutzte Fläche 32 Millionen Hektar betrug, beläuft sie sich nur noch auf 27 Millionen Hektar; es sind Rückgänge zu verzeichnen um 22,81 Prozent bei Weizen, 22,17 Prozent bei Roggen, 18,43 Prozent bei Hafer usw. Die Rückwirkungen auf die Ernte kommen in einem ständigen Sinken des Getreideertrages zum Ausdruck. Im Jahr 1913 betrug die Gesamternte an Getreide 30,704 Millionen Tonnen, im Jahr 1921 dagegen nur noch 16,883 Millionen Tonnen, d. h. 55 Prozent; die Kartoffelernte ging zurück von 54 121 Millionen Tonnen auf 26,151 Millionen Tonnen, also auf 48,3 Prozent. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktionsleistungen ist auch im Viehbestand ersichtlich; den hauptsächlich in Betracht kommenden Schlachtviehmärkten wurden zugeführt im Jahre 1913 5 812 000 Schweine, 1921 dagegen nur 1 923 000, d. h. also nur ein Drittel. Der Rindviehbestand ging in derselben Zeit zurück von 20,994 Millionen Stück auf 16,839 Millionen; gleichzeitig sank das durchschnittliche Schlachtgewicht auf ungefähr 60 Prozent, der Jahresmilchertrag der Milchkühe sogar auf 45–50 Prozent.

Die gewerbliche Erzeugung ist genau so stark zurückgegangen. Die Steinkohlenförderung im Ruhrbecken verminderte sich auf Kopf und Schacht von 833 Kilogramm im Jahr 1913 auf 609 bezw. 584 in den Jahren 1919—21. Die Roheisenerzeugung ging von 16,761 Millionen Tonnen 1913 auf 5,75 Millionen Tonnen 1921, d. h. auf 34,3 Prozent zurück; etwas besser gehalten hat sich die Stahlerzeugung, die von 16,942 Millionen Tonnen auf 7,75 Millionen Tonnen, d. h. auf 45,7 Prozent fiel. Wie arm wir geworden sind, zeigt, daß unsere Ausfuhr von 73,713 Millionen Tonnen 1913 gefallen ist auf 20,2 Millionen Tonnen im Jahr 1921, d. h. auf 27,4 Prozent. Dieses Schwinden des Volksvermögens kommt auch in dem zurückgehenden Seeverkehr in den deutschen Häfen zum Ausdruck, in die im Jahr 1913 Schiffe von 34,772 Millionen Registertonnen einliefen, gegen nur 12,544 (36,1 Prozent) 1920. Wie unter dem Produktionsrückgang und der Geldentwertung selbst die einfachsten Bedürfnisse leiden müssen, beweist, daß in den vier Jahren 1918—21 in 35 deutschen Großstädten nur 2480, 8212, 18 791 und 21 273 Wohnungen gebaut wurden, gegenüber 59 903 im Jahr 1913, daß also ein Rückgang zu verzeichnen war auf 4,9–35,5 Prozent.

Das in den oben wiedergegebenen Zahlen zum Ausdruck kommende trostlose Bild wird von den meisten nur deshalb nicht erkannt, weil die hohen Papiergewinne den Einblick in die Wirklichkeit erschweren; macht man sich aber klar, daß auf Goldwert zurückgeführt bei 25 der bestfundierten Banken und industriellen Unternehmungen die 1921 gezahlten Dividenden durchschnittlich nur 0,1 Prozent ausmacht, dann ergibt sich auch hieraus ein Bild unserer Verelendung.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 21. November 6203.— (6791.94).

1 engl. Pfund 27 531.—, 100 holl. Gulden 241 823.—, 100 Schw. Franken 115 211.—, 100 französ. Franken 48 134.—, 100 ital. Lire 29 176.—, 100 österr. Kronen 8.97, 100 tschech. Kronen 19 501.—, 100 polnische Mark 38.—.

582,1 Milliarden Notenumlauf. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. November hat die zweite Novemberwoche der Bank eine neue, scharfe Steigerung ihrer Inanspruchnahme gebracht. Die gesamte Kapitalanlage schwoll um 127,9 auf 769,8 Milliarden Mark; die bankmäßige Deckung allein hob sich um 116,5 auf 753,8 Milliarden Mark. Die Abflüsse an Banknoten in den Verkehr beliefen sich in der Berichtswoche auf 65,1 Milliarden Mark. Der Banknotenumlauf stieg damit auf 582,1 Milliarden Mark. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen ging unwesentlich, nämlich um 84,7 Millionen Mark auf 13,9 Milliarden Mark zurück.

Brasilien und die deutschen Kaffeezölle. Das Brasilianische Bundeskommissariat in Berlin hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, den Zoll auf 50 M für den Zentner Rohkaffee herabzusetzen. Dies würde in Brasilien als ein besonderes Entgegenkommen des Reichs betrachtet werden und der Ausfuhr deutscher Waren nach Brasilien zugute kommen. Schon jetzt stehe Deutschland unter den einführenden Ländern an dritter Stelle. Bei der Wertschätzung deutscher Erzeugnisse in Brasilien würde die größere Einfuhr von Kaffee keine finanzielle Schädigung, sondern einen

Ermäßigung des Mehlpreises. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 48 000 M für den Doppelzentner ermäßigt.

Neue Herabsetzung der Nähfadenpreise. Die Verkriebsgemeinschaft deutscher Baumwollnähfadenfabriken hat die Aufschläge auf die Listenpreise vom 21. August 1922 und der Reingarngrundpreise vom 2. Oktober 1922 abermals herabgesetzt, und zwar von bisher 595 auf 555 v. H.

Die Höchstpreise für Zement sind mit Wirkung vom 19. Nov. ab um 100 000 M pro Tonne erhöht worden, so daß sich der Preis für Süddeutschland auf 229 724 M stellen wird. Gleichzeitig wird eine starke Erhöhung der Verpackungsmaterialpreise eintreten.

Märkte

Stuttgart, 21. Nov. Schlachtviehmarkt. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 143 Ochsen, 23 Bullen, 220 Jungbullen, 226 Jungrinder, 401 Kühe, 518 Kälber, 444 Schweine, 16 Schafe. Unverkauft blieben 18 Jungrinder und 100 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte 20 000—21 500, 2. Sorte 14 500—18 500, Bullen 1. Sorte 17 800 bis 19 000, 2. Sorte 14 200—17 000, Jungrinder 1. Sorte 20 000 bis 21 500, 2. Sorte 17 000—19 000, 3. Sorte 14 000—16 500, Kühe 1. Sorte 14 500—16 500, 2. Sorte 10 000—14 000, 3. Sorte 7000 bis 9000, Kälber 1. Sorte 27 500—28 800, 2. Sorte 25 000—27 000, 3. Sorte 21 500—24 000, Schweine 1. Sorte 42 000—44 500, 2. Sorte 38 000—41 500, 3. Sorte 30 000—36 500 M. Verlauf des Marktes: bei Großvieh belebt, bei Kälbern mäßig belebt, bei Schweinen langsam.

Mannheimer Schlachtviehmarkt. 20. Nov. Zum Schlachtviehmarkt betrug der Auftrieb 132 Ochsen, 185 Bullen, 1095 Kühe und Rinder, 417 Kälber, 282 Schafe und 705 Schweine. Bezahlt wurden für die 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 15 000—24 000, Bullen 16 000—21 000, Kühe und Rinder 12 000—24 000, Kälber 25 000 bis 30 000, Schafe 12 000—15 000, Schweine 47 000—51 000, Sauen 45 000—48 000 M. Haltung mit Großvieh mittelmäßig geräumt, Schweine ruhig, nicht ausverkauft.

Viehmarkt Karlsruhe. 20. Nov. Zufuhr 252 Stück: 34 Ochsen, 31 Farren, 12 Kühe und 65 Färsen, 26 Kälber, 83 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen: 1. Sorte 23—24 000 M, 2. Sorte 22—23 000 M, 3. Sorte 21—22 000 M, 4. Sorte 20 bis 21 000 M, Farren: 1. Sorte 17 500—18 500 M, 2. Sorte 17 bis 17 500 M, 3. Sorte 16—17 000 M, Kühe: 1. Sorte 23—24 000 M, 3. Sorte 21 500—23 000 M, 4. Sorte 20—21 500 M, 5. Sorte 22 bis 23 000 M, Schweine von 240—300 Pfd. 5100—5200 M, von 200 bis 240 Pfund 5000—5100 M, von 160—200 Pfd. 49—50 000 M, unter 160 Pfd. 48—49 000 M, Sauen 47—48 000 M. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz des Marktes: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Weilderstadt, 20. Nov. Marktbericht. Der Zutrieb zum heutigen Vieh- und Schweinemarkt betrug 309 Stück Vieh und zwar: Ochsen 36 Stück, Stiere 42 Stück, Jungstiere 34 Stück, Kälberkühe 5 Stück, Kühe in Milch 76 Stück, Einstellvieh 116 St.; bezahlt wurde bei Ochsen 1 Stück 13 Ztr. Lebendgewicht 350 000 M, Schaffochsen 250 000 M das Paar, Jungstiere 115—120 000 M das Paar, Kälberkühe 300 000 M, Kalbinnen 142—170 000 M, Kühe in Milch 140—165 000 M, Einstellvieh 65—80 000 M das Stück. Trotz der enormen Preise wurde viel und lebhaft gehandelt. Gegen Mittag alles geräumt. — Schweinemarkt. Zutrieb 64 Stück Läufer und 967 Stück Milchschweine; bezahlt wurde für Läufer 1 Stück 150 Pfund Lebendgewicht 52 000 M, 2. Sorte 35—42 000 Mark pro Paar, Milchschweine 1. Sorte 33—34 000 M, 2. Sorte 28 000 M, 3. Sorte 24 000 M das Paar. Handel anfangs ruhig gegen Mittag lebhaft, alles verkauft. Preise gegenüber letztem Markt wesentlich höher.

Gaildorf, 21. Nov. Auf dem Viehmarkt kostete das Paar Ochsen 200 070—600 000 M, Kühe 80 000—200 700 M, Rinder und Jungvieh 32 000—214 600 M das Stück.

Schweinemärkte. In Aalen kostete das Paar Milchschweine 12 000—16 000 M, in Herrenberg 24 000—27 000 M, das Paar Läuferschweine 56 000—85 000 M, in Riedlingen das Paar Milchschweine 12 000—14 000 M.

Schweinemarkt Balingen, 18. Nov. Zugeführt wurden 240 St. Milchschweine und 2 Läuferschweine. Handel schleppend. Ein kleiner Rest blieb unverkauft. Preis für ein Milchschwein 6000 bis 15 000 M, für ein Läuferschwein 17 000—19 000 M.

Mannheimer Pferdemarkt, 20. Nov. Dem Pferdemarkt am heutigen Montag waren zugetrieben: 15 Wagenpferde, 145 Arbeitspferde und 65 Schlachtpferde. Bezahlt wurde für das Stück: Wagenpferde 210—420 000 M, Arbeitspferde 140 000—400 000 M, Schlachtpferde 30—65 000 M. Der Handel mit Wagenpferden war mittelmäßig. Mit Arbeits- und Schlachtpferden lebhaft.

Oberkochen OA. Aalen, 21. Nov. Holzverkauf. Bei dem Langholzverkauf wurde aus 16 Stämmen Fichtenholz und 8 Rm. Fichtenroller über 1 Million Mark erlöst.

Nürnberger Hopfenmarkt, 18. Nov. Es erzielten Markt- und Gebirgshopfen 85—115 000 M, Hallertauer ohne und mit Siegel 108 000—125 000 M, Württemberger 100 000 M, Spalter Landsiegel 112 000 M, rote und hochgelbe 50 000—66 000 M. Haltung sehr ruhig.

Nachzahlung der Vierteljahrsbezieher.

Ein Teil unserer Leser, die das Wildbader Tagblatt durch Vierteljahrsbestellung durch die Post beziehen, hat unserer am 14. November ergangenen Bitte um Nachzahlung von Mk. 175 für das laufende Vierteljahr noch nicht entsprochen. Bekanntlich wurde den Lesern schon durch das zuständige Postamt mitgeteilt, daß der Bezugspreis von Mk. 315 für das 4. Vierteljahr nur ein vorläufiger sei. Die abermalige Erhöhung des Papierpreises auf über Mk. 160.— für das Kilo hat, wie schon erwähnt, die Notwendigkeit dieser Nachzahlung erwiesen. Sollte die Nachzahlung bis zum 25. November nicht bei uns eingegangen sein, so müßten wir den Betrag von Mk. 175 durch Nachnahme, zuzüglich Spesen, erheben lassen.

Verlag des Wildbader Tagblatt.

Tabellen-Uebersicht des 2. Bezirks der C-Klasse am 22. Novbr.

		Arnbach	Calmbach	Ellmendingen	Röttingen	Ottenhausen	Wildbad
Arnbach	Vorsp.	—	1:2	1:4	1:1	1:3	2:6
	Rücksp.	—			1:2		
Calmbach	Vorsp.	2:1	—	3:4	0:0	2:0	2:0
	Rücksp.		—	3:3			
Ellmendingen	Vorsp.	4:1	4:3	—	6:1	0:0	1:2
	Rücksp.		3:3	—			
Röttingen	Vorsp.	1:1	0:0	1:6	—	0:3	2:4*
	Rücksp.	2:1			—		
Ottenhausen	Vorsp.	3:1	0:2	0:0	3:0	—	4:2
	Rücksp.					—	0:1
Wildbad	Vorsp.	6:2	0:2	2:1	4:2*	2:4	—
	Rücksp.					1:0	—
Torverhältnis		7:18	12:8	18:10	4:11	10:6	11:9
Punkte		1	8	8	4	7	6

* Spiel Wildbad—Röttingen ist nicht gewertet.

Schwobespiegel. Gedichte von August Lämmle. Bei Eugen Salzer in Heilbronn. 160 S. ca. Mk. 330. Lämmle bedarf heute kaum mehr einer Empfehlung. Viele seiner Gedichte sind schon jetzt zum lebendigen Besitz des Volkes geworden. Der Name des Buches trifft Wesen und Inhalt. Wir sehen das liebe Schwaben, Land und Leute im Spiegel. Und weil Land und Leute in Schwaben fröhlicher Art sind, steht auch über dem Buch die Sonne des Frohsinns, leuchtet in ihm der das Leben meisternde Humor.

Drei Dinge sind es, die wir an diesem Buch hervorheben dürfen: 1. die meisterhafte Beherrschung der Mundart und die genaue Kenntnis des Lebens dessen Ausprägung die Mundart ist. 2. die gute Menschenkenntnis und ein herzhafter natürlicher Verstand. 3. die dichterische Begabung und die Gewissenhaftigkeit, die jene immer begleiten sollte.

Aus dem ihm zur Verfügung stehenden Reichtum nimmt August Lämmle Bilder und Handlung. Die Reflexion überläßt er dem Leser. Nicht aus Wortwitz, Uebertretung und Verzerrung, sondern aus der Lebendigkeit des Geschehens und der Fröhlichkeit und Wärme der Bilder entspringt die Kraft und der Humor seiner Verse.

Zur Mundart gehören Bauerndinge, Bauernarbeit und Dorfleben und naives volkstümliches Empfinden, zur schwäbischen Mundart auch die sinnierende, das Geschehentliche suchende Betrachtungsweise, die wir hier finden.

So ist August Lämmle der Mund des schwäbischen Volkstums, sind seine Gedichte schlechtweg die Ausprägung schwäbischen Denkens und Empfindens.

Der „Schwobespiegel" wie das kürzlich erschienene hochdeutsch geschriebene „Geschichtenbuch" Lämmles sind echte und wertvolle Volksbücher, die der einfache Mann versteht und der anspruchsvolle nicht so bald ausschöpfen wird.

Bekanntmachung.
Morgen Donnerstag nachmittag ist das
städt. Lebensmittelamt geschlossen.

„Gritzner"-Nähmaschinen
bestes deutsches Fabrikat zum Sticken und Stopfen
empfiehlt billigst **Karl Tubach jr.** Enztal-Straße.
Reparaturen sämtlich. Nähmaschinen werden schnell und preiswert ausgeführt.

Inseriert im „Tagblatt!"

Verschalware
20 mm stark für Verschindelung zum Preise von 350 Mark pro qm abzugeben
Birkenfelder Baumaterialien-Großhandlung
Telefon 16 Inhaber W. HILDENBRAND Telefon 16

Für Gemeinden! Für Private!
Sie sparen heute über eine halbe Million Mark
an einem 6 Zimmerwohnhaus, wenn Sie in meiner Zellabauweise bauen, die für Decken und Wände verwendbar ist.
Architekt Hildenbrand :: Birkenfeld
Telefon Nr. 16.

LIEDERKRANZ
Heute abend 8 Uhr
Singstunde
im Lokal.
Der Vorstand.

Bienenzüchter-Verein Wildbad.
Zuckerverteilung
pro Volk 3 Pfd.
Abgabe morgen Donnerstag vorm. 8—11 Uhr auf der Güterstelle.

2 vollständige
Bettbezüge,
fast neu, zu verkaufen.
Näheres in der Exp. ds. Blattes.

Viehtran, Futterkalk.
A. u. W. Schmit. Med.-Drogerie.

Alle Musik-Instrumente
für Haus und Orchester von den einfachst. Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl
Musik-Haus Curth
Großhandel und Einzelverkauf
Pforzheim, Leopoldstr. 17
(Arkaden, Kiedaisch — Roßbrücke)

Jeden Donnerstag abend
Café Lindenberger Schach
Weitere Schachfreunde sind willkommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw